

Ärzte sollen fürs Gesunderhalten bezahlt werden

BERLIN - Im alten China wurden Ärzte nicht fürs Behandeln, sondern fürs Heilen bezahlt. Im Jahr 2009 empfiehlt der Sachverständigenrat zur Begutachtung der Entwicklung im Gesundheitswesen die Rückbesinnung auf dieses Prinzip – wobei das Ziel der Gesunderhaltung noch hinzukommt. Bisher würden nur Dienstleistungen an Kranken honoriert, sagte der Frankfurter Versorgungsforscher Ferdinand Gerlach bei der Präsentation des neuen Gutachtens. Man müsse die Dienstleister aber dazu bringen, Verantwortung für Kranke wie Gesunde zu übernehmen – und sie letztlich auch danach bezahlen.

Die Anreize müssten so gesetzt werden, dass alle Leistungserbringer „ein eigenes Interesse an einer effizienten und effektiven Versorgung zum Wohle des Patienten besitzen“, heißt es in dem 900-seitigen Werk der sieben Professoren. Hohe Ziele für die schon jetzt in heftigem Honorarstreit zerfledderte Ärzteschaft. Das Gutachten bewegt sich allerdings nicht nur im Visionären. Die darin benannten Probleme reichen von „besorgniserregendem“ Hausärztemangel bis hin zu gesundheitsgefährdender Arzneiverordnung. Letzteres betrifft beide Gruppen, die diesmal besonders im Fokus standen: Kinder und alte Menschen. 35 Prozent der Männer und 40 Prozent der Frauen über 65 er-

hielten „neun und mehr Wirkstoffe in Dauertherapie“, heißt es in der Studie. Unerwünschte Neben- und Wechselwirkungen seien ein „Kernproblem der Versorgung alter Menschen“. Die Expertenempfehlung: Leitlinien für individuellere Behandlung von Mehrfacherkrankten, aber auch Listen über problematische Arznei.

Bei Kindern beklagen die Gutachter einen „unbegründet breiten Einsatz von Psychostimulanzien und Antibiotika“. Seltenere Kinderkrankheiten dagegen seien schlecht erforscht, hier bedürfe es materieller Anreize für die Pharmaindustrie. Die wichtigsten Gesundheitsprobleme jedoch lägen „nicht im medizinischen Bereich“, so der Berliner Gesundheitsforscher Rolf Rosenbrock. Jedes fünfte Kind in Deutschland wachse mit „erheblichen psychosozialen Belastungen“ auf. Der Senkung von Kinderarmut komme „gesundheitspolitisch höchste Priorität“ zu.

Besonders gravierend: die Gewalt gegen Kinder. Beim Kinderschutz müsse mehr passieren, mahnen die Gutachter. Das ist jedoch eher ein Appell an Behörden als an Mediziner – und insofern auch ein Ruf nach sektorenübergreifendem Gesundheitsschutz. Die Früherkennungsforschungen nämlich nützen laut Gutachten nur wenig beim Erkennen von Kindesmisshandlung. RAINER WORATSCHEKA